

Wir brauchen mehr Mutige

Zu: „Polizisten zeigen Kollegen wegen Rassismus an“ FR-Regional vom 5. 6.

Den Beitrag von Frau Heinzmann unterstütze ich zu 100 Prozent. Es müsste sehr viel mehr Mutige geben, die nicht einfach alles laufen lassen. Allerdings weiß man aus vielen Fällen, dass Verräter einfach aussortiert werden. Es kommt in die Personalakte und schadet der Karriere. Danke den mutigen Polizisten!

Elise Schneider, Bad Orb

Eine Art Wutbürger in Uniform

Mein Vater war Polizeibeamter. In Bayern. Ein Kalauer meines Vaters bei Kaffeeeinladungen in den 1970ern war, dass er im Dienst einen „Türken“ kontrolliert hätte (den Anlass kenne ich nicht), der auf die Frage wie er heißt offensichtlich Güçlü Güçlü antwortete. Meinem Vater und seinem Kollegen, natürlich des türkischen nicht mächtig, waren das offensichtlich zu viele „ü“, und sie haben ob dieses Namens gedacht, sie würden verarscht. Sie starteten ohne jeglichen weiteren Grund, so seine Erzählung, einer der wenigen aus seinem Dienst, das volle Programm: Personenkontrolle inklusive Durchsuchung der Taschen usw.

Mein Vater war ganz früher auch starker Raucher, hörte dann aber auf. Als ich 16 Jahre alt war, fing auch ich an zu rauchen. Daraufhin schlug mich mein Vater zusammen. Ich lag am Boden, mein Hemd war zerrissen. Der Korpsgeist hat meinen Vater letztendlich fertiggemacht, er war nicht mehr er selber, er war so eine Art Wutbürger in Uniform. Die Kollegen gingen über alles. Sogar über die Familie. Bis zuletzt. Mehr gibt es zur Polizei in Deutschland eigentlich nicht zu sagen. Heilige, nur weil sie Uniform tragen, sind die allermeisten jedenfalls nicht. Das sollten wir alle endlich mal begreifen, allen voran die Innenminister und z.B. endlich mal unabhängige Ermittlungsstellen einrichten!

Karsten Neumann, Nürnberg

Diskussion: frblog.de/floyd

Bahnhof wird zum Museum

Erwiderung auf „Zeitgemäße Bauidee“, Leserforum vom 13. Juni

Nicht nur die Franzosen sind auf die Idee gekommen, einen Bahnhof in ein Museum umzuwandeln. Als der Hamburger Bahnhof in Berlin 1884 geschlossen wurde, weil der Bahnverkehr nach Hamburg auf den Lehrter Bahnhof übergegangen war, wurde in dem Bahnhofsgebäude 1906 zunächst ein Verkehrs- und Baumuseum eröffnet, und nach langer Pause beherbergt es heute das Museum für Gegenwart, in dem zeitgenössische Kunst ausgestellt wird.

Peter Schindler, Königswinter



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200615

FR ERLEBEN

Jan Christian Müller ist Gast im Doppelpass“, dem Fußballtalk, gemeinsam mit DFB-Direktor Oliver Bierhoff.
Sonntag, 21. Juni, 11 Uhr, Sport 1

Pitt von Bebenburg moderiert das Forum „Access to the Right to Asylum in Europe“ (Zugang zum Recht auf Asyl in Europa) beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz mit Karl Kopp (Pro Asyl), Eleni Velivasaki (Refugee Support Aegean) und Ulrich Weinbrenner (Bundesinnenministerium). In englischer Sprache.
Dienstag, 23. Juni, 14 Uhr.
Die Veranstaltung findet online statt. [Anmeldung: www.eabernlin.de](http://www.eabernlin.de)

Andreas Schwarzkopf spricht über „Corona in Afrika“ mit Antonia Witt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
Dienstag, 23. Juni, 19 Uhr.
Zu sehen ist die Diskussion von **Heinrich-Böll-Stiftung, HSKF sowie FR auf boell-hessen.de/YouTube.**

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtesgespräch „Kampf dem rassistischen Terror. Konsequenzen nach den Morden von Hanau“ mit Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne), Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau) und Selma Yilmaz-Ilkhan (Ausländerbeirat Hanau).
Mittwoch, 24. Juni, 20 Uhr.
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt.
Registrierung auf fr.de **Anmeldung mit dem Stichwort „Haus am Dom“.**
Stream: fr.de/eventvideo

Wir Menschen sind uns alle sehr ähnlich

Zu: „Widmann-Mauz: ‚Rasse‘ streichen“ und „Das GG ist nicht die Problemzone“, FR-Politik und -Feuilleton vom 17. Juni

Ein fragwürdiger Begriff als Herrschaftsinstrument

Endlich nimmt sich eine Partei dieses Themas an. In Frankreich hat die Nationalversammlung 2018 den Begriff „Rasse“ aus der Verfassung gestrichen. Zahlreiche Organisationen in Deutschland fordern schon lange, diesen Begriff für Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Aussehens nicht mehr zu verwenden. Schon seit Jahrhunderten ist er immer wieder verwendet worden, zur Abgrenzung oder zur biologischen Bestimmung. Insbesondere aber seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat er sich immer stärker zum Instrument für Herrschende entwickelt. Seine Anwendung gipfelte im Begriff der „Herrenrasse“ im Naziregime und als Rechtfertigung für die Vernichtung von Juden, Sinti & Roma.

Zu akzeptieren sind Unterscheidungen der verschiedenen Menschen nur, wenn diese die Herkunftsbezeichnung selbst aus sich heraus anwenden, z.B. wenn Schwarze sich selbst Schwarze nennen. Wer also heute selbst wohlmeinend den Begriff „Rasse“ verwendet, zum Beispiel in Antirassismus, der impliziert immer noch, dass es Rassen gibt. Dieser Sprachgebrauch muss sich ändern, so wie wir gelernt haben, dass bestimmte Bezeichnungen diskriminierend sind (Neger, Zigeuner), für die wir heute andere Bezeichnungen verwenden.

Ja, die Menschen sind unterschiedlich, es gibt Weiße und Schwarze, Indios, Asiaten, Inuit etc. Aber es sind keine Rassen, sondern eben nur unterschiedliche Menschen. Daher: Weg mit dem Begriff „Rasse“.

Reinhard Matthias Pinneberg

Die Streichung von „Rasse“ wäre ein guter Anfang

Wissenschaftliche Untersuchungen haben bewiesen, dass es keine menschliche Rassen gibt. Also kann auch niemand durch das Grundgesetz wegen seiner

„Rasse“ geschützt werden. Solange es den Begriff „Rasse“ in unserem Grundgesetz und auch den Landesgesetzen gibt, wird dieser Begriff auch in den Köpfen sein. Es wäre ein guter Anfang, ihn zu streichen, vielleicht verschwindet diese Zuordnung auch in der Gesellschaft. Es wird ein langer Weg, aber wir müssen ihn gehen für eine gleichberechtigtes Miteinander. Da ist das Grundgesetz ein wichtiger Anfang.

Ute Hänsel, Neu-Isenburg

Dehumanisierung und Verächtlichmachung

Niemand darf wegen seiner Herkunft benachteiligt oder bevorzugt (wenn du z.B. weiß bist!) werden. Punkt! Der Begriff „Rasse“ muss meines Erachtens ersatzlos aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Einer Rasse zugeordnet zu sein, impliziert geradezu eine Dehumanisierung und eine Verächtlichmachung des sogenannten Anderen!

Ich hatte das Glück (Jahrgang 41) in einem Elternhaus groß geworden zu sein, in dem Rassismus und Antisemitismus keinen Platz hatten. Das hat mich zu einem Menschen werden lassen, dem jegliche Form eines menschenverachtendem Verhaltens zuwider ist. Bis heute. Und deshalb sehe ich es als meine Pflicht an, mich an Demos gegen Rechts, implizit AfD, so oft ich kann zu beteiligen.

Ludmilla Vasata, Münster

Es wird keinen einzigen Rassisten weniger geben

Das Problem ist der Rassismus, nicht die Rasse. Streicht man den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz, können rassistische Akte nur noch individuell auf dem Weg der privaten Zivilklage verfolgt werden. Rassisten werden jublieren, bleiben sie doch dann meist noch häufiger ungestraft als ohnehin schon.

Zudem ist die Behauptung, es gäbe keine Menschenrassen, ideologisches Blendwerk. Rassen im Sinne rassistischer Wahnvor-

stellungen gibt es tatsächlich nicht; dazu sind wir Menschen uns viel zu ähnlich. Aber natürlich lassen sich Chinesen, Aborigines, Nordeuropäer und Zentralafrikaner nicht nur mühelos unterscheiden; diese Unterschiede sind auch genetisch verankert, sonst sähen nicht Kinder wie ihre Eltern aus.

Die selbsternannten Antirassisten haben nicht verstanden, dass eine Wort wie „Rasse“ unserer Alltagssprache entstammt und daher kein wissenschaftlicher Begriff ist, sondern einen breiten Hof verwandter Bedeutungen hat – womit es für einen allgemeinen Text wie das Grundgesetz bestens geeignet ist.

Die Idee, durch Verbot eines Wortes die Probleme, die sein Missbrauch mit sich bringt, zu beseitigen, misst dem Wort Zauberkraft zu. Worte haben keine esoterischen Wirkmächtigkeiten, Worte sind Worte, sonst nichts. Durch die Streichung wird es keinen einzigen Rassisten weniger geben. Wenn der Rassist keinen „Neger“ mehr hassen darf, dann hasst er eben Schwarze; wenn er die nicht mehr hassen darf, hasst er „people of colour“. Wenn der Gebrauch des Wortes „Neger“ ein Beweis für Rassismus wäre, wäre Martin Luther King der größte Rassist gewesen, hat er doch in seiner berühmten Rede („I have a dream“) ständig von „negroes“ gesprochen. Rassismus kann man nicht durch Sprachdiktatur in der Gefolgschaft von Orwells „großem Bruders“ aus „1984“ abschaffen. Man muss vielmehr schon bei kleinsten Kindern beginnen, sie erfahren lassen, dass Menschen, die anders aussehen, genauso gute Spielkameraden sind. Und wann endlich bringt unsere Schule den Kindern und die Medien ihren Lesern bei, dass die Vorfahren aller Menschen schwarze Afrikaner waren? Wir Weißen sind im Licht der Evolution nur eine genetisch verarmte Randgruppe.

Knut G. Emmert, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/rasse

Die Effektivität dieser App ist fragwürdig

Corona-App: „Riskanter Schutz“, FR-Meinung vom 15. Juni

Tim Szent-Ivanyi verteidigt die Freiwilligkeit der App und fordert gesetzliche Regelungen, damit mit dem Gebrauch der App nicht irgendwelche Vor- oder Nachteile verknüpft werden. Diese Forderung ist berechtigt. Abgesehen von diesem Einwand fehlen im Leitartikel kritische Fragen zur Sinnhaftigkeit dieser App. Ohne dass es belastbare wissenschaftliche Daten gibt, wird behauptet, dass diese App „das Potenzial habe, sich zur wirksamsten Waffe gegen eine Ausbreitung des Virus zu entwickeln“. Auch wird versprochen, dass es durch die App weitere Lockerungen geben könne, aber natürlich mit Abstandsregeln und Maskenpflicht. Die Lockerungen sind längst da, auch ohne App.

Die App misst angeblich ein Risiko, das aber nicht genau zu benennen ist. Da es weiterhin viele ungelöste Fragen zu Infektiosität und Virusübertragung gibt, wird letztlich nur ermittelt, wie lange ich einem positiv getesteten Menschen vor einiger Zeit relativ nahe gewesen bin. Ob Masken getragen wurden, ob die Begegnung drinnen oder draußen stattgefunden hat, ob es sich um ein Gespräch oder nur ein stummes Nebeneinanderstehen gehandelt hat, also ob ein Risiko bestanden hat, kann nicht ermittelt werden. Ob sich Menschen wegen eines fraglichen Risikos in Quarantäne begeben werden, ist eher unwahrscheinlich. Die Effektivität der App ist fragwürdig.

Nachdem bekannt wurde, dass in Singapur nur 27 Prozent

der Bevölkerung die Corona-App nutzen, bleibt nur noch Südkorea als gerne genanntes Beispiel für die Wirksamkeit einer App. Südkorea ist ein komplett digitalisiertes Land, in dem sich die Gesellschaft auf staatliche Überwachung einlässt. Es bleibt aber auch dort die Frage, ob alle Menschen die Coronavirus-App tatsächlich ganz freiwillig nutzen.

Leider fehlt bis heute eine differenzierte politische Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit dieser digitalen Anwendung. Hier haben Grüne und Linke enttäuscht, auch wenn sie sich jetzt immerhin für eine gesetzliche Regelung einsetzen.

Hermann Roth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/corona-app